

Abstimmung vom 28. November 2010

SP-Steuerinitiative setzt das Erfolgsmodell Schweiz aufs Spiel

Die Schweiz steht im weltweiten Standortwettbewerb gut da. Der Staatshaushalt ist gesund, die Steuern sind im internationalen Vergleich tief. Das verdanken wir der klugen Finanz- und Steuerpolitik mit Schuldenbremse, Mitbestimmung der Bürger in Steuerfragen und dem funktionierenden Steuerwettbewerb inklusive Finanzausgleich. Die SP-Steuerinitiative stellt den Steuerwettbewerb und damit einen wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz in Frage. *Silvan Lipp*

Die SP-Steuerinitiative ist ein erster Schritt, den interkantonalen Steuerwettbewerb abzuschalten. Verschiedene ökonomische Studien zeigen, dass dieses Vorhaben nicht sinnvoll ist. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ist ein Standortvorteil der Schweiz und sollte nicht weiter eingeschränkt werden. Der Wettbewerb zwischen den Kantonen sorgt für ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Kantone haben den Anreiz, haushälterisch mit den Steuergeldern umzugehen, die Aufgaben effizient und bürgernah zu erfüllen und im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft attraktive öffentliche Leistungen zu einem günstigen Steuertarif anzubieten.

Um das Preis-Leistungs-Verhältnis laufend zu optimieren, haben die Kantone in den letzten Jahren innovative Instrumente entwickelt. Bei der Entwicklung der Schuldenbremse liess sich der Bund von kantonalen Beispielen inspirieren. Viele Kantone kennen ein Finanzreferendum, das sich positiv auf die Haushalts- und Ausgabendisziplin auswirkt. Auch im Bereich der Steuern sind die Kantone erfinderisch. Zu denken ist etwa an die attraktiven Flat-Rate- und Zweistufenmodelle.

Diese Beispiele machen deutlich: Wettbewerb belebt, hält die Kantone fit und führt gesamtschweizerisch zu attraktiven Standortbedingungen. So erstaunt es nicht, dass die Schweiz auch die jüngste Wirtschaftskrise gut gemeistert hat. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat die Schweiz einen gesunden Staatshaushalt und ein im internationalen Vergleich tiefes Steuerniveau. Im neusten Ranking des World Econo-

mic Forum wurde die Schweiz erneut zum wettbewerbsfähigsten Land der Welt erkoren.

Steuerwettbewerb nützt dem Mittelstand

Gemäss den neusten Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung hat die Steuerbelastung für den Mittelstand in den letzten Jahren abgenommen. Der funktionierende Steuerwettbewerb ist mitunter ein Grund dafür. Heute zahlt eine ledige Person mit einem Bruttoeinkommen von 80 000 Franken rund zehn Prozent oder 1000 Franken weniger Steuern als noch vor zehn Jahren (Grafik rechts). Ganz generell ist festzustellen, dass der Steuerwettbewerb in der Schweiz dafür sorgt, dass sich alle Kantone und Gemeinden um eine moderate Steuerbelastung bemühen. Das zahlt sich für alle aus, ist doch die Steuerbelastung in der Schweiz tiefer als jene

in Hochsteuerländern ohne Steuerwettbewerb.

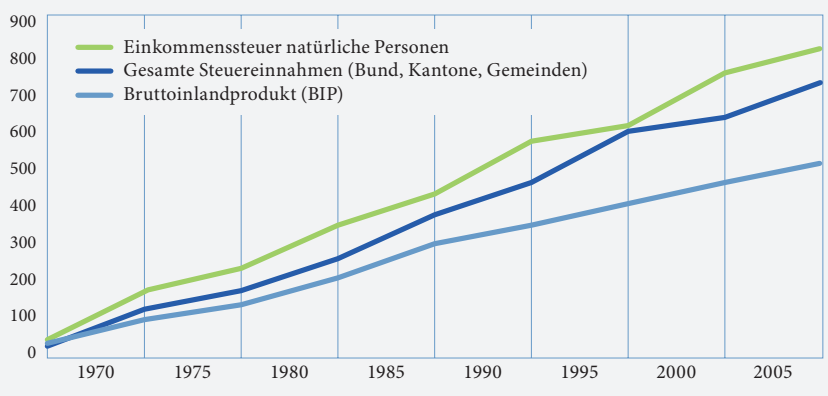
Obwohl die Kantone in den vergangenen Jahren die Steuerpflichtigen entlastet haben, ist es nirgends zu einem «ruinösen Steuerwettbewerb» gekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden wachsen gerade dank dem Steuerwettbewerb seit Jahrzehnten deutlich stärker als das Bruttoinlandprodukt (Grafik unten). Der Steuerwettbewerb treibt die Wirtschaft an und führt dank der positiven Wachstumsimpulse zu mehr Steuereinnahmen.

SP-Initiative: Ein schlechtes Geschäft für die Schweiz

Die schweizerische Steuer- und Finanzpolitik der letzten Jahre ist erfolgreich. Der Steuerwettbewerb ist ein wichtiger Pfeiler dieses Erfolgsmodells. Die SP sieht das anders. Ihr ist es offenbar ein

Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zum BIP (1970=100)

Dank dem Steuerwettbewerb sind die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen in den letzten Jahrzehnten deutlich stärker gewachsen als das Bruttoinlandprodukt. Sie haben auch stärker zugenommen als die gesamten Steuereinnahmen des Staates.



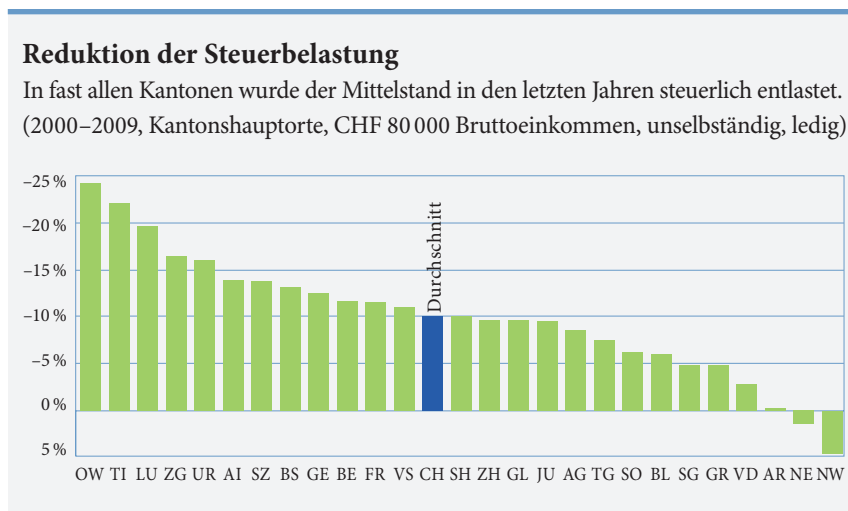
Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung, Staatssekretariat für Wirtschaft

Dorn im Auge, dass das heutige Steuersystem tiefe Steuern und gesunde Staatsfinanzen begünstigt. Sonst würden die Sozialdemokraten nicht mit ihrer Steuerinitiative einen «Modell-Wechsel» anstreben. Erstens fordert die Initiative, dass der Bund den Kantonen und Gemeinden die Mindeststeuersätze vorschreibt. Damit würden die kantonale und kommunale Finanz- und Steuerautonomie und auch der Steuerwettbewerb eingeschränkt. Die Bürgerinnen und Bürger könnten in ihrer Gemeinde die Höhe der Steuern nicht mehr frei bestimmen. Zweitens fordert die Initiative landesweite Steuererhöhungen. In 16 Kantonen müssten die Steuern unmittelbar nach Annahme der Initiative angehoben werden. Mittelfristig sind auch die anderen Kantone von Steuererhöhungen betroffen. Denn mit der Einschränkung des Steuerwettbewerbs und der Schwächung der finanzstarken Kantone muss mit negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen und damit mit Fehlbeträgen in der Bundeskasse und im Finanzausgleich gerechnet werden.

Braucht die Schweiz eine solche Steuerharmonisierungs- und Steuererhöhungspolitik? Diese Frage stellte *economiesuisse* dem Ökonomieprofessor Lars P. Feld. In seiner Studie kommt er zum Schluss, dass die SP-Initiative ein massives Steuererhöhungs- und Umverteilungsprogramm mit deutlich negativen Arbeits- und Sparanreizen darstellt. Feld folgert daraus, dass die Wirtschaftskraft der Schweiz bei einer Annahme der Initiative zurückgehen würde. Der Standort Schweiz würde an Attraktivität verlieren. Die Initiative ist für Feld «ein schlechtes Geschäft, das den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern nicht zu empfehlen ist».

Höhere Steuern für den Mittelstand

Die Initiative würde nicht nur die Kantone und den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen, sondern auch den Mittelstand. Wie die SP einräumt, wären bei der Umsetzung der Initiative Steuererhöhungen in Richtung tieferer Einkommen nötig. Sie schreibt in ihrem Argumentarium: «Die Kantone sollen ihre Steuertarife als gleitende Kurven gestalten und vernünftigerweise keine abrupten



ten Sprünge in der Grenzsteuerbelastung vorsehen. Je tiefer das allgemeine steuerliche Niveau in einem Kanton heute ist, desto mehr ziehen sich die Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen.» Die von der SP in Kauf genommene Folge der Steuererhöhung für mittlere Einkommen deckt sich mit der Einschätzung von Steuerrechtlern. So wird auch aus jenen Kreisen darauf hingewiesen, dass bei stetigem Verlauf der Tarifkurve alle Einkommensschichten betroffen sind. Der Steuerrechtsprofessor Ulrich Cavelti bringt es auf den Punkt: «Mit andern Worten werden durch die SP-Initiative nicht nur die höchsten Einkommensbezüger, sondern auch die mittleren Einkommen wesentlich mitbetroffen sein.» (NZZ, 29.1.2007)

Der Mittelstand wäre nicht nur von direkten Steuererhöhungen betroffen, sondern würde wegen den negativen Auswirkungen der Initiative auf die Attraktivität der Schweiz als Wohn- und Wirtschaftsstandort mittelfristig noch stärker belastet werden. Erstens treibt die Einschränkung des Steuerwettbewerbs die Steuern nach oben, denn Kantone und Gemeinde verlieren den Anreiz, eine Ausgabendisziplin an den Tag zu legen. Haushälterischer Umgang mit Steuergeldern könnte nicht mehr unbeschränkt durch Steuersenkungen an die ganze Bevölkerung zurückgegeben werden. Weil die Steuern nicht mehr gesenkt werden könnten, würden die Steuergelder in unnötige Subventionen und Ausgabenposten fließen. Zweitens steigt mit der Steuererhöhungspolitik der SP die Gefahr, dass gute Steuerzah-

ler und Unternehmer die Schweiz verlassen. Die verursachten Löcher in der Staatskasse müssten unweigerlich vom Mittelstand gestopft werden. Die Steuern für mittlere und tiefere Einkommen würden steigen.

Schädlich und unnötig: Nein zur SP-Steuerinitiative

Die SP-Steuerinitiative bringt keinen Nutzen, sondern schadet und schafft neue Probleme. Die Kantone rechnen mit massiven Umsetzungsschwierigkeiten. Die Initiative ist auch unnötig. Denn mit dem Neuen Finanzausgleich besteht ein gut funktionierender Mechanismus, der die Solidarität zwischen den ressourcenstarken und den -schwächeren Kantonen sicherstellt. Mit dem Ressourcenausgleich, dem Lastenausgleich und der Abgeltung der Sonderlasten der Berggebiete und Agglomerationen schafft der Finanzausgleich zwischen den Kantonen Chancengleichheit im Steuerwettbewerb. Weiter setzen die stark progressive Bundessteuer, die formelle Steuerharmonisierung, die Rechtsprechung des Bundesgerichts (Verbot progressiver Steuern) und die Grundsätze der Besteuerung in der Bundesverfassung bereits heute klare und ausreichende Leitplanken für den Steuerwettbewerb. Es braucht deshalb keine SP-Steuerinitiative, welchen den Standort Schweiz unnötig schwächt. ■

Silvan Lipp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei *economiesuisse*.